

Neue Entscheidungsalternativen für Familien

Perspektiven sozialräumlicher Weiterentwicklung in Hamburg

von der FORUM-Redaktion



Vor den Hamburger Wahlen hatte der Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. unter der Überschrift „Perspektiven sozialräumlicher Weiterentwicklung in Hamburg“ die jugendpolitischen SprecherInnen der in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen zum Gedanken- und Meinungs austausch mit Fachleuten aus OKJA-Praxis und Verwaltung eingeladen. Ziel war es – möglichst unabhängig von parteipolitischen Einzelinteressen und Wahlkampfstrategien –, im offenen Gespräch unter fachlichen Gesichtspunkten die sozialraumorientierte Jugendhilfeentwicklung in ihrem Gesamtprozess – von der KiFaZ-Einführung bis zum aktuellen SAE-Ausbauprogramm – in den fachlichen Blick zu nehmen. Die Teilnehmenden verstanden sich in diesem Rahmen, außerhalb administrativer Kommunikations- und Entscheidungswege, nicht vorrangig als TrägerInnen ihrer jeweiligen Funktion, sondern als an der Entwicklung interessierte ExpertInnen, die mit jeweils unterschiedliche Blickrichtung – aus politischer, ministerieller, kommunaler, fachverbandlicher und PraktikerInnenperspektive – zu einem ganzheitlichen Gesamtbild und damit einer gelingenden Entwicklung beitragen wollen.

Die Runde traf sich inzwischen ein zweites Mal, weitere Termine sind geplant, um den Umsetzungsprozess, ausdrücklich ohne Verhandlungs- oder Ergebnisauftrag der Beteiligten, im kritischen Austausch zu begleiten. Wir stellen hier einige der wesentlichen Gedanken und Aussagen aus der Runde in zwölf Thesen vor.

Zwölf Gedanken über eine zeitgemäße Jugendhilfe

1. **Hamburg braucht passende Antworten auf die Entwicklung der Lebenslagen.** Das gesamte Hilfesystem muss sich aus der Konzentration auf individuelle Versagensbetrachtung lösen. Zwischen den infrastrukturellen Maßnahmen und den Einzelhilfen ist im Kontext der Hamburger Kinderschutzdiskussion ein Ungleichgewicht in Richtung einer Fokussierung auf Sozialpädagogische Familienhilfe und auf stationäre Hilfen entstanden. Auf die Entwicklung der Lebenslagen in Hamburg ist das eine ungeeignete Antwort. Wir brauchen infrastrukturelle Alternativen in den Stadtteilen.
2. **Hamburg braucht „Orte der verlässlichen Begegnung“.** Ein wesentliches Qualitätsmerkmal sozialräumlicher Jugendhilfe sind offene Orte, die sowohl einladend und für die NutzerInnen geeignet sind, sich dort auszutauschen und voneinander zu lernen, als auch um dort alltagsbezogene Beratung, Entlastung und Unterstützung durch Professionelle in jeweils bedarfsgerechter Form in Anspruch nehmen zu können. Die besondere Wirksamkeit der sozialräumlichen Entsäulung liegt in der direkten Verknüpfung stärkender, aktivierender und ermutigender „Orte der verlässlichen Begegnung“ mit alltagsunterstützenden, flexibel einzusetzenden Hilfeangeboten mit jeweils angepasster Intensität.

Auch in schwierigen Situationen muss die Unterstützung nicht immer in den Wohnungen der AdressatInnen stattfinden. Die „Würde der Familien“ spricht für Beratungs- und Unterstützungsorte (auch) außerhalb der Familienwohnung, die freiwillig aufgesucht und als hilfreich wahrgenommen werden. Ziel ist dabei in jedem Fall, gerade auch isolierte Familien mit Ängsten, Vorurteilen, Negativverfahren und Vorbehalten gegenüber Institutionen zu erreichen bzw. Jugendhilfe für diese erreichbar zu machen. „Raus aus den Familien“ könnte in diesem Sinne das Motto einer neuen fachlichen Orientierung des schrittweisen Wegkommens von durch die AdressatInnen oft nicht mehr als hilfreich empfundenen Einzelhilfen sein.

Das gesamte Hilfesystem muss sich aus der Konzentration auf individuelle Versagensbetrachtung lösen.

Gruppenarbeit darf weder zur neuen „Säule“, noch den Familien verordnet werden.

3. **Hamburg braucht Gruppenarbeit nicht als neue „Säule“.** Gruppenarbeit kann als wirksame Alternative zur klassischen Einzelhilfe und als Ergänzung sozialräumlicher offener Begegnungsangebote eingesetzt werden, wenn:
- ◆ das Gruppengeschehen nachfrageorientiert
 - ◆ und zum richtigen Thema
 - ◆ und am richtigen Ort angesiedelt ist,
 - ◆ die Zusammensetzung den Wünschen und Lebenswelten der Familien entspricht
 - ◆ und neben den Bildungs- und Informationsangeboten
 - ◆ die gegenseitige Beratung der Teilnehmenden konzeptionell mit im Zentrum steht.
 - ◆ Gruppenarbeit darf dabei, um wirksam werden zu können, weder zur neuen „Säule“, noch den Familien verordnet werden.

Eine den Familien „verordnete“ Gruppenarbeit könnte allerdings, selbst wenn sie tatsächlich so vorgesehen würde, nicht funktionieren. Weder würden ASD-Fachkräfte eine entsprechende Teilnahme gegen den Willen der Familien sinnvoll finden und fordern, noch würden die Familien sich einer unfreiwilligen Gruppenteilnahme fügen.

4. **Hamburg braucht sozialräumliche Alternativen; gleichermaßen in Form von Einzelhilfen wie von offenen Infrastrukturangeboten.** Es geht um unkompliziert erreichbare, vor Ort schnell nutzbar Angebote mit und ohne „besonderen Hilfebedarf“; es geht darum, für die nachfragenden Familien und für den ASD die Zahl der Entscheidungsalternativen zu erhöhen. Dazu gehören erstens wirksame, in Form und Ziel mit den Familien abgestimmte Einzelhilfen, wenn diese von ASD und/oder Träger fachlich als sinnvoll und notwendig bewertet werden. Zweitens gehören dazu passende niedrigschwellige Infrastrukturangebote ohne Bedarfsprüfung wie Eltern-Cafés, Gästewohnungen, Beratungsangebote, Krabbelgruppen, Mütterfrühstücke, Dolmeterservice etc. Beide Angebotsebenen sollten in den ASD-Teams hinreichend bekannt sein und als Alternative vor Verfügung einer HzE systematisch mitgedacht und bei Eignung angeboten werden.

Für die Verknüpfung individuell und infrastrukturell ausgerichteter Maßnahmen ist es nicht sinnvoll, (wie angegeben) eine Quotierung (70% für individuelle Einzelhilfen, 30% für infrastrukturelle Maßnahmen) festzuschreiben, die gleichermaßen für jedes einzelne Projekt gelten soll. Gute sozialräumliche und lebensweltliche Antworten auf schwierige Lebensverhältnisse in benachteiligten Quartieren könnten auf diesem Wege zugunsten einer erneuten Engführung des fachlichen Blicks auf individuelle Versagensbetrachtungen einzelner Familien aus dem Fokus geraten.

5. **Alle Beteiligten brauchen eine unzweideutige Definition der sozialräumlichen Einzelhilfe.** Der Begriff der „verbindlichen Einzelhilfe“ wird unterschiedlich genutzt und ist undeutlich definiert: Wer soll wem gegenüber die geforderte Verbindlichkeit zeigen? Wie sieht im Gegensatz dazu eine „unverbindliche Einzelhilfe“ aus? Sinnvoller ist die bisherige Unterscheidung in intensive Einzelhilfen (außerhalb der HzE), die entweder ohne, oder aber mit verlässlicher Zusammenarbeit zwischen freiem Träger und ASD durchgeführt werden. Zu einer Klärung könnte es beitragen, alternativ das Wort „verlässlich“ zu verwenden. Die jeweilige Zusammenarbeit aller Beteiligten sollte, unabhängig vom Begriff, klar vereinbart sein und dabei grundsätzlich von den Prinzipien der Gleichwertigkeit und des gegenseitigen Respekts getragen werden.
6. **Sicheres Handeln setzt Handeln in Sicherheit voraus.** Die MitarbeiterInnen des ASD brauchen Arbeitsbedingungen, die es ihnen – auch in potentiell heiklen Situationen in Familien – ermöglichen, die fachliche Aufgabewahrnehmung in den Mittelpunkt zu stellen und mit den AdressatInnen und ggf. anderen Beteiligten zeitlich und fachlich angemessene Hilfen zu entwickeln.



7. **Hamburg braucht Qualitätsstandards für Sozialraum-Projekte.** Es fehlen bezogen auf Ressourcenausstattung, Fachlichkeit, Personaleinsatz und Fortbildung transparente und vereinheitlichte Qualitätsstandards für Sozialraum-Projekte. Dieses wären von Nutzen, auch um dem ASD Sicherheit zu geben, dass Familien in den unterschiedlichen Projekten – auch in desolaten Situationen – gut aufgehoben sind, wirksam und verantwortlich unterstützt werden und dass auch und gerade in extremen Stressmomenten im Unterstützungsprozess kooperative Verfahrenswege eingehalten werden und bei den handelnden Personen Klarheit über Aufgaben, Abläufe und Prioritätensetzung besteht.

Das Bild der kostengünstigen „Vorfeldhilfe für minder schwere Fälle“ entspricht nicht der Praxis vieler Projekte.

8. **Hamburg braucht die Absicherung bestehender sozialer Infrastruktur.** Es ist nicht sinnvoll, neue Alternativen zu den HzE schaffen zu wollen und gleichzeitig im Rahmen von Konsolidierungsmaßnahmen wichtige und funktionierende Infrastruktur – wie bspw. den Bereich der Offenen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien – in den Bezirken auszudünnen oder abzubauen. Wenn man Alternativen zu den HzE schaffen will muss so umgelenkt werden, dass auch diese bereits bestehende Infrastruktur in den Bezirken und Sozialräumen besser und attraktiver und vor allem auch perspektivisch abgesichert wird.
9. **Hamburg braucht mehr alternative Hilfen auch in riskanten familiären Lagen.** Intensive Hilfen im Kontext der sozialräumlichen Angebote (SAE, KiFaZ etc.) können auch und gerade in desolaten und als riskant eingeschätzten familiären Lagen geeignete Alternativen zur klassischen Sozialpädagogischen Familienhilfe und oft auch zur Inobhutnahme oder stationären Krisenunterbringung sein. Das Bild der kostengünstigen „Vorfeldhilfe für minder schwere Fälle“ entspricht weder der Praxis vieler Projekte noch deren Zusammenarbeit mit den ASD-Teams.

Es sollen gleichermaßen die Wünsche der Familie wie die jeweiligen fachlichen Sichtweisen der Professionellen berücksichtigt werden.

10. **Hamburg braucht günstige Bedingungen für eine gute und dialogische Zusammenarbeit zwischen Familien, Träger und ASD.** Die Aufgabe, eine verlässliche, strukturierte und für die jeweilige Aufgabenerfüllung der Beteiligten nutzbringende Zusammenarbeit zwischen freiem Träger und ASD zu entwickeln, kann über Strukturverbesserungen innerhalb des ASD und entsprechenden Zeitressourcen sowie über die systematische Betrachtung von Beispielen erfolgreicher Kooperationspraxis erreicht werden. Befürchtet wird bei vielen Trägern – mit der zentral formulierten ASD-Position im Gesamtverfahren –, eine Ungleichgewichtung zuungunsten der Praxisprojekte bezogen auf Form und Inhalt der Zusammenarbeit zwischen Familien und Projekt. Wichtig ist hier, neben einer dialogischen Kooperationskultur, die der Idee sozialräumlichen Handelns entspricht, dass weiterhin bei direktem Zugang über das Projekt die Planung der Zusammenarbeit bzgl. Inhalt, Ziel, Form und Zeitrahmen in Eigenregie zwischen Projekt und NutzerIn abgestimmt wird; Informationen an den ASD werden in diesem Fall lediglich anonym weitergegeben. Ebenso wichtig ist, dass bei einem Zugang über den ASD in einem gemeinsamen und respektvollen Planungsprozess aller Beteiligten das weitere Verfahren so abgestimmt wird, dass gleichermaßen die Wünsche der Familie wie die jeweiligen fachlichen Sichtweisen der Professionellen berücksichtigt werden.



Foto: M. Essberger

11. **Hamburg braucht neue Ideen und Konzepte sozialräumlicher Finanzierungskonzepte.** Über regionale Fonds könnten bspw. funktionierende Netzwerkstrukturen wie Stadtteilkonferenzen oder Sozialraumteams genutzt werden, um die Angebotsentwicklung zu steuern, Projekte umzusetzen und die Mittel in eigener Regie zu verwalten.
12. **Hamburg kann „vom Erfolg lernen“.** Hamburg hat eine Reihe von gründlich evaluierten, hoch wirksamen – und belegbar auf die HzE-Fallzahlentwicklung Einfluss nehmende – Sozialraum-Projekte mit guten und belastbaren Kooperationen aller Beteiligten hervorgebracht. Im weiteren Ausbaurverfahren sozialräumlicher Alternativen sollten wir vom Erfolg wirksamer Modelle lernen und die weitere Gestaltung der Rahmenbedingungen an positiven Erfahrungen orientieren.

Hamburg braucht dazu Rahmenbedingungen

Politische Rahmenbedingungen bestimmen sowohl unmittelbar die Lebenslagen der Familien, als auch – entsprechend – die Bedarfsentwicklung in der Jugendhilfe. Beispiele sind Kinderarmut, nach wie vor desintegrative Strukturen im Bildungssystem und die defizitäre Wohnraumsituation in Hamburg, in deren Folge nach Berechnungen der Verwaltung ca. 25% Belegung von Jugendwohnungen durch junge Volljährige alleine darin begründet ist, dass für die jungen Menschen keine anschließende Wohnmöglichkeit gefunden wird.

Wer Einfluss auf die Fallzahl- und Kostenexplosion im Bereich der Hilfen zur Erziehung gewinnen möchte, der darf – unabhängig von der Notwendigkeit, geeignete Antworten im Rahmen der Jugendhilfe zu schaffen – politische und soziale Rahmenbedingungen nicht ausblenden.